

die Vorverteidigung erfolgreich hindern. Diese These belegt Sch. durch eine sehr gründliche und systematische Analyse zu den Kräfteverhältnissen der Land- und Luftstreitkräfte des WP und der NATO.

Hans-Joachim Schmidt, Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, beschreibt die konventionellen Potentiale der 70er und 80er Jahre und kommt trotz – im Vergleich zu anderen das Thema behandelnden Arbeiten – sehr unterschiedlich gewähltem Ansatz zu einem ähnlichen Gesamtergebnis wie Scherz. Dieser Aufsatz bildet mit dem von Scherz und demjenigen von Dieter Farwick gleichsam das Herzstück des Buches. Denn Farwick analysiert in seiner Erörterung die militärischen Optionen der Militärallianzen. Auch er hebt die Chancen des WP als Angreifer – sollte sein Angriff überraschend und kombiniert erfolgen – deutlich hervor. Er weist darauf hin, daß es für die NATO ein Hauptfordernis, wenn nicht gar lebenswichtig sei, Angriffsvorbereitungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Aus ostmitteleuropäischer Sicht ebenfalls sehr interessant erscheint der Artikel von Sigurd Boysen. Er setzt sich mit rüstungskontrollpolitischen Alternativen auseinander. Nach Darlegung der Verhandlungspositionen von NATO und Warschauer Pakt kommt er zu einer Warnung vor übertriebenen Erwartungen in die Rüstungskontrolle; denn selbst ein MBFR-Abkommen kann seiner Meinung nach noch keine Garantie dafür sein, daß die verbleibenden Streitkräfte nicht doch noch für Angriffshandlungen eingesetzt würden.

Das Sammelwerk ist sicherlich keine leicht lesbare Lektüre. Es will mehr Verständnishilfe sein und trägt somit eher die Züge eines Sachbuches. Es ist einleuchtend, daß die gesamte Breite der intensiven Diskussion nicht eingefangen werden kann. Eine Auswahl war notwendig. Sie ist geglückt. Das Buch kann als das derzeit einzige im deutschen Sprachraum gelten, das wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und der Kritik kaum Angriffsflächen bietet (s. a. ÖMZ 2/87). „Zum einen sollten Kriterien der Datenerfassung wissenschaftlichen Ansprüchen genügen ... sie müssen einheitlich und nachvollziehbar sein ... Wiederholt wurden die Faktoren Raum und Zeit betont.“ (S. 13) Es mangelt, so die Herausgeber, an einem ergänzenden Vergleich über die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts und der überschaubaren Zukunft.

Bedauerlich, wenn auch wegen der komplexen Fragestellung und wegen der niedrigen Auflagenhöhe nicht ungewöhnlich, ist der Preis des Werkes. Es erscheint für Bibliotheken und ähnliche Einrichtungen vorbestimmt, obgleich seine Verbreitung sehr zu wünschen wäre. Dennoch, weil frei von jeder Polemik, ausgewogen und bar jeder Euphorie, platte Journallendiktion gemieden wird, weil Verständnis schaffend, Einsichten unaufdringlich fördernd, sollte das Buch auch einem breiten (nicht ausschließlich) militärfachlichen Leserkreis zugänglich sein. Dies ist um so dringlicher als wieder einmal mehr Mißtrauen, Unsicherheit und Häme die mühsam geschaffenen Beziehungen zwischen Deutschland und der entwickelten Staatenwelt zu belasten drohen.

Meckenheim

Dieter Bangert

Kontinuität und Wandel in der kommunistischen Staatstheorie. Herausgegeben von Friedrich Christian Schroeder, Boris Meissner und Klaus Westen. (Osteuropaforschung, Bd. 15.) Berlin Verlag Arno Spitz. Berlin 1985. 151 S.

Der Umbruch in Osteuropa läßt die jahrzehntelange Periode der Unbeweglichkeit in den Bereich des Geschichtlichen zurückgleiten. Die mit Gewalt und umfassender Kontrolle erzwungene oberflächliche Ruhe hatte dazu geführt, daß sowohl im Westen als auch in den sozialistischen Staaten selbst die Zerbrechlichkeit des Systems und ihre innere Instabilität oft übersehen und die Erstarrung gedanklich als „ewig“ auch in die Zukunft projiziert wurde. Vor diesem Hintergrund ist auch der vorliegende Sammel-

band zu sehen, der Beiträge einer 1983 abgehaltenen Konferenz über die kommunistische Staatstheorie enthält. Die Beiträge schildern – noch aus „zeitgenössischer Sicht“ – den bis dahin zurückgelegten Entwicklungsweg der kommunistischen Staatstheorie, der bald danach unvermittelt zu Ende war. Die Beiträge behandeln jeden sozialistischen Staat Europas gesondert – die Sowjetunion (Boris Meissner), die DDR (Klaus Westen), Bulgarien (Valentin Petev), die Tschechoslowakei (Josef Pokstefl), Polen (Alexander Uschakow), Ungarn (Georg Brunner), Rumänien (Peter Leonhardt), und Jugoslawien (Christine Höcker-Weyand). Für Albanien hat sich leider kein Bearbeiter gefunden.

In dem einführenden Beitrag behandelt Boris Meissner die Entwicklung der sowjetischen Lehre – eine Entwicklung, welche die Staatslehren der übrigen sozialistischen Staaten mehr oder weniger genau ebenfalls nachvollziehen mußten. Der Vf. untersucht die Wandlung der ursprünglichen sowjetischen Theorie vom sozialistischen Staat als unmittelbarer Ausdrucksform der „Diktatur des Proletariats“ (danach soll der Staat später „absterben“) zur Theorie vom „Staat des gesamten Volkes“ (welche dem Staat noch langes Leben voraussagt). Damit soll die Staatslehre die Begründung für die inzwischen erfolgte Absolutisierung des Staates nachliefern. Als eine interessante Facette ist der Versuch sowjetischer Autoren zu sehen, durch die Einführung des Konzepts des „Volksstaats“ gleichsam als willkommenen Nebeneffekt noch den sowjetischen Führungsanspruch gegenüber den anderen sozialistischen Staaten zu untermauern: Es wird behauptet, daß sie noch auf der niedrigeren Entwicklungsstufe der „Diktatur des Proletariats“ stünden. M. schildert ausführlich den Differenzierungsprozeß der sowjetischen Lehre. Dazu gehört insbesondere die Herauslösung des „wissenschaftlichen Kommunismus“ aus dem dialektischen und historischen Materialismus und seine Etablierung als einer eigenständigen politisch-praktischen Theorie. Das hat der engeren Staatsrechtslehre etwas von ihrer ideologischen Last genommen. Weiter befaßt sich M. mit den Versuchen sowjetischen Wissenschaftler in den sechziger und siebziger Jahren, eine ideologiefreiere Politische Wissenschaft zu entwickeln, wobei diese Bemühungen zur Verwissenschaftlichung (im westlichen wissenschaftstheoretischen Sinne) nur marginale Erfolge erzielen konnten.

Für die DDR stellt Klaus Westen die besonders ausgeprägte Satellitenrolle der DDR gegenüber der Sowjetunion auch in einem gesteigerten Grad der Angepaßtheit ihrer Staatstheorie an das sowjetische Vorbild fest: Die Staatstheorie der DDR sei – mangels eigener staatsrechtlicher Tradition (das Erbe des „klassischen“ deutschen Staatsrechts ist völlig verleugnet worden) – reine „Importware“ aus der Sowjetunion. Dennoch habe sich die Staatstheorie der DDR auch einige „Extratouren“ geleistet, so in der besonderen Betonung des Rechtsstaatsgedankens und der Grundrechtsproblematik. Der Vf. sieht darin eine indirekte Auseinandersetzung mit der aktuellen staatsrechtlichen Diskussion in der Bundesrepublik – mit dem propagandistischen Ziel, zu beweisen, daß die DDR das, worüber in der Bundesrepublik noch diskutiert wird, längst schon habe.

Auch die tschechoslowakische Staatstheorie ist, wie von Josef Pokstefl berichtet wird, lediglich vorsichtig, ja sogar ängstlich dem sowjetischen Vorbild gefolgt und hat versucht, alle ihre Wendungen rechtzeitig mitzuvollziehen. Der Vf. stellt fest, daß selbst in den Fragen, in denen in dem engen Rahmen der sozialistischen Staatslehre verschiedene Standpunkte eingenommen werden durften, die tschechoslowakischen Staatstheoretiker immer die konservativste Meinung vertreten haben.

Georg Brunner geht in seinem Beitrag zunächst auf die dürftige Präsenz der Staatstheorie in Ungarn ein und charakterisiert die wenigen Staatstheoretiker und ihre in langen Abständen erschienenen Werke. Auch er kann zwar keine „sensationelle Besonderheiten“ der ungarischen Staatstheorie vermelden, bei näherer Betrachtung fin-

det der Vf. dennoch einige Beispiele eines vorsichtig selbständigen Denkens im methodischen Ansatz, in der Gewichtung der Themenbereiche sowie in Einzelheiten des Staatsbegriffs.

Der Beitrag von Alexander Uščakow über die polnische Staatstheorie vermittelt dagegen ein völlig anderes Bild: Nach der Entstalinisierung 1956 ist die polnische Staatstheorie eine lebendige Wissenschaft mit internationalen Kontakten, die sich von der sowjetischen Vormundschaft zu emanzipieren versucht. Mit besonderer Vorliebe versuchen die polnischen Staatstheoretiker den „eigenen Weg zum Sozialismus“ theoretisch zu untermauern, was auch zu Polemiken mit den dogmatischen sowjetischen Wissenschaftlern führt. Interessant sind die Versuche, einerseits die Zulassung der „Solidarność“ 1980 mit dem geltendem Recht im Einklang zu bringen, andererseits danach die Verhängung des Kriegsrechts 1981 aufzuarbeiten. Trotz ihrer relativen Eigenständigkeit bleibt jedoch auch die polnische Lehre in das Korsett der sozialistischen Staatskonzeption eingezwängt.

Der Band – einschließlich der weiteren Beiträge über Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien – erlaubt nicht nur die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Staatstheorien der sozialistischen Staaten Europas (praktisch bis zum Beginn des gegenwärtigen politischen Aufbruchs) festzustellen, sondern liefert auch den Beweis für einen penetranten „Wissenschaftskolonialismus“ der Sowjetunion in diesem politisch sensiblen Wissenschaftszweig mit dem Ziel, die von ihr den Staaten Osteuropas aufgezwungene Staats- und Gesellschaftsform auch „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen bzw. rechtfertigen zu lassen.

Göttingen

Egil Levits

Rola mniejszości niemieckiej w rozwoju stosunków politycznych w Europie 1918–1945. [Die Rolle der deutschen Minderheit in der Entwicklung der politischen Beziehungen in Europa 1918–1945.] Praca zbiorowa pod red. Antoniego Czubińskiego. (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria historia, Nr. 118.) Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im Adama Mickiewicza w Poznaniu. Poznań 1984. 522 S., dt. Inhaltsverzeichnis.

Dieser Sammelband besteht vermutlich aus Referaten, die bei einer Tagung vorgelesen wurden, obwohl im Buche selbst keine Angaben über Zeit und Ort dieser Tagung stehen. Die 27 einzelnen Beiträge sind überwiegend monographische Abhandlungen mit Material aus Primärquellen und wissenschaftlichem Apparat, während einige andere gedruckte Kommentare zu diesen zu sein scheinen. Der Schwerpunkt, wie nicht anders zu erwarten, fällt auf die deutsche Minderheit in Polen; 20 der Beiträge befassen sich mehr oder weniger spezifisch mit diesem Problem, während die übrigen der deutschen Minderheit im Baltikum, der Tschechoslowakei, Südosteuropa, Südtirol, Elsaß-Lothringen und Nordschleswig sowie Eupen-Malmédy gewidmet sind. Die Beiträge zur Geschichte der deutschen Minderheit in Polen konzentrieren sich auf mehrere Themen: die reichsdeutsche Außenpolitik und die Minderheit (Czubiński, Kalisch, Sierpowski, Rothbarth, Łozowski, Byczkowski, Sobczak), das schon von Norbert Krekeler ziemlich ausführlich behandelte Problem der finanziellen Unterstützung der Minderheit seitens der Reichsregierung (Potocki, Makowski, Łuczak, Kotowski, Dąbrowski) und Aspekte des deutschen Schulwesens in Polen (Iwanicki, Komołka). Marian Mroczo und Przemysław Hauser, die wichtige Bücher zu deutsch-polnischen Fragen in letzter Zeit hervorgebracht haben, sind hier durch kürzere Kommentare vertreten. Einige andere Aufsätze sind faktenreich, aber stehen etwas vereinzelt da oder fallen aus dem Rahmen wie z. B. der sehr lange Aufsatz von Mirosław Cygański über auslanddeutsche Organisationen im Reich und